

ANHANG A: AUSFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN ZUR VERFAHRENSORDNUNG ZUR INVESTITIONSFINANZIERUNG

Stand: 17. Oktober 2018, gültig ab 29.11.2018

INHALTSVERZEICHNIS

I. Baumaßnahmen	3
Allgemeines	3
Grundsatzgespräch (Verfahrensstufe 1)	4
Erfassung von Objekten für eine etwaige Förderung (Verfahrensstufe 2)	5
Aufnahme von Objekten in den Finanzierungsplan (Verfahrensstufe 3).....	7
Zuteilung von Mitteln aus dem Gemeinschaftsfonds (Verfahrensstufe 4)	9
Laufende Berichterstattung (Verfahrensstufe 5)	11
Mittelverwendungsnachweis (Verfahrensstufe 6).....	13
II. Verkürztes Antragsverfahren zum Investitionsfonds	15
Allgemeines	15
Anmeldung zum Investitionsfonds.....	16
Verfahrensstufe 2 bis 4	17
Verfahrensstufe 5	18
Verfahrensstufe 6	19
III. Grundstückserwerbe	20
Allgemeines	20
Verfahrensstufe 1 bis 4	21
Verfahrensstufe 6	24
IV. Abkürzungen	25

I. BAUMAßNAHMEN

ALLGEMEINES

Die folgenden Regelungen gelten für Maßnahmen, die gemäß II § 1 Abs. 1 der Verfahrensordnung zur Investitionsfinanzierung aus dem Gemeinschaftsfonds bzw. gemäß III § 2 Abs. 1a aus dem Investitionsfonds gefördert werden.

Die Bestimmungen werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst. Die Verabschiedung erfolgt durch die zuständigen Gremien der DGUV e.V.

Form und Anzahl der Unterlagen

Alle Unterlagen sind vierfach in Papierform bzw. in einfacher Form digital i.d.R. auf einem Datenträger der BGKUV (BG Kliniken - Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH) zuzuleiten. Diese ist verantwortlich für die Weiterleitung der geprüften Unterlagen an die DGUV e.V.

Anschreiben der Unterlagen

Adressat:

Adressat der Unterlagen ist die Geschäftsführung der DGUV e.V. Die Unterlagen werden ihr über die BGKUV zugeleitet.

Inhalte:

- Name der Maßnahme
- DGUV-Nummer
- Verfahrensstufe
- Prognostizierte Gesamtkosten, prognostizierte Gesamtkosten der letzten Antragsstufe sowie kurze Erläuterung bei einer möglichen Differenz (es kann auf eine Anlage verwiesen werden).
- Kurzbeschreibung der Maßnahme inkl. der wesentlichen Veränderungen (inhaltlicher und zeitlicher Art) gegenüber der letzten Verfahrensstufe.
- Erläuterung, welche Entscheidungen auf Basis der Empfehlung / Festlegungen des letzten Testats getroffen wurden (es kann auf Anlagen verwiesen werden).
- Ab den Anträgen nach Verfahrensstufe 4: Höhe der beantragten Mittelzuteilung

GRUNDSATZGESPRÄCH (VERFAHRENSSTUFE 1)

– siehe II. § 3 der Verfahrensordnung

			Papier	Digital
1.1	1. Stufe	Ableitung aus der Einzelzielplanung der BG Klinik: Bedarfsplanung inkl. einer maßnahmenspezifischen Präzisierung des medizinischen Leistungsportfolios sowie Darstellung der etwaigen betrieblichen Effekte inklusive des zu erwartenden Effektes im Bereich Personal. Berücksichtigt werden sollen die regionalen Gegebenheiten sowie die Zielsetzungen der gesetzlichen Unfallversicherung. Es ist darzustellen, in welchem Bereich durch die geplante Maßnahme eine bessere und schnellere Rehabilitation von Versicherten der Unfallversicherung erreicht werden kann.	x	x
1.2	2. Stufe	Betriebsorganisationskonzept, grundlegende Überlegungen	x	x
1.3		Raum- und Funktionsprogramm inkl. Darstellung der Flächen des Bestands und der geplanten Maßnahme gegliedert nach DIN 13080 unter Berücksichtigung der ermittelten Leistungen sowie Darstellung des möglichen weiteren Infrastrukturbedarfs (z.B. medizintechnische und technische Anlagen, Außenanlagen).	x	x
1.4		Wirtschaftlichkeitsnachweis, grundlegende Überlegungen	x	x
1.5		Machbarkeitsstudie (ggf. mit Variantenbetrachtung)	x	x
1.6		Kostenrahmen i.d.R. inkl. Herleitung	x	x
1.7		Übersicht Projektorganisation	x	x

Procedere:

- Wer:
Teilnehmer an den Gesprächen zu Anträgen an den Gemeinschaftsfonds / Investitionsfonds sind in der Regel die Klinik selbst, eine Vertretung der BGKUV, Vertretung der Verwaltung der DGUV, die/der Sachverständige der DGUV und - soweit die Maßnahme das SAV-Verfahren betrifft - eine Vertretung des zuständigen Landesverbandes. In Ausnahmefällen wird ein anderer Teilnehmerkreis vereinbart.
- Koordination:
Die Koordination dieser Gespräche erfolgt über die BGKUV.
- Wann:
Die Gespräche sollen spätestens sechs Wochen vor der relevanten Sitzung der Sachverständigenstelle stattfinden.
- Präsentation:
Grundlage für das Gespräch sind die Unterlagen gem. Verfahrensstufe 1. - Grundsatzgespräch. In Vorbereitung auf jede Sitzung ist durch die BG Klinik eine Präsentation zu erstellen, in der die wesentlichen Sachverhalte dargestellt werden.

ERFASSUNG VON OBJEKTEN FÜR EINE ETWAIGE FÖRDERUNG (VERFAHRENSSTUFE 2)

– siehe II. § 4 der Verfahrensordnung

		Papier	Digital
2.0.1	Anschreiben	x	x
2.0.2	Antragsformular mit Angabe - der Gesamtkosten sowie der Gesamtkosten ohne KG 600 und KG 474 - des Betrags, der aus den Fonds (differenziert nach Gemeinschaftsfonds und Investitionsfonds) zur Verfügung gestellt werden soll	x	x
2.1.0	Abschrift der Niederschriften der einschlägigen Sitzungen der Selbstverwaltungsorgane/Projektstand	x	x
2.1.1	Kurzer Abriss zum Projektverlauf	X	x
2.1.2	Gesellschafterversammlung der BG Klinik, kann ggf. nachgereicht werden	X	X
2.1.3	Sachverständigenstelle / Vorstand der DGUV	X	X
2.1.4	(Fortschreibung) Übersicht Projektorganisation incl. Übersicht beauftragter Architekten und Ingenieure	X	X
2.2.0	Bedarfsnachweis mit Raumprogramm		
2.2.1	Fortschreibung der Ableitung aus der Einzelzielplanung: Bedarfsplanung s. GS Pkt. 1 (wenn keine Änderungen entstanden sind, Zusammenfassung Bedarfsplanung auf 1 DIN A4-Seite und Erklärung, dass die Bedarfsplanung aus dem Grundsatzgespräch weiter aktuell ist.)	X	X
2.2.2	Betriebsorganisationskonzept vor, während und nach der Maßnahme inkl. Wegepläne für Patienten, Personal und Material während aller Phasen	X	X
2.2.3	(Fortschreibung) Raum- und Funktionsprogramm inkl. Darstellung der Flächen des Bestandes und der geplanten Maßnahme (s. GS Pkt. 1.3.)	X	X
2.3.0	Wirtschaftlichkeitsnachweis		
2.3.1	angemessener Wirtschaftlichkeitsnachweis entsprechend Inhalt der Maßnahme inkl. Erläuterung der Annahmen	X	X
2.4.0	Finanzierungs- und Liquiditätsnachweis		
2.4.1	Finanzstatus	X	X
2.4.2	Strukturstatus	X	X
2.5.0	Genehmigungen		
2.5.1	Relevante Informationen zum Stand der Genehmigungsverfahren, z.B. Abstimmungen zur Stadtplanung, Arbeitssicherheit, Brandschutz, Hygiene, Denkmalschutz	X	X
2.6.0	Baugutachtliche Stellungnahme		
2.6.1	Beantwortung der offenen Punkte aus dem Protokoll zum Grundsatzgespräch s. 2.1.3.	X	X
2.7.0	Pläne		
2.7.1	Übersichtsplan (Stadtplan / topografische Karte) mit Markierung des Grundstücks	X	X
2.7.2	Gesamtplan des Klinikareals im Maßstab 1:500 mit Angaben über die Grundstücksgröße	X	X
2.7.3	Fotos des Baugrundstücks und seiner Umgebung	X	X
2.7.4	Vorplanung im Maßstab 1:200 für Hochbau, Freianlagen und die technischen Anlagen	X	X
	- Architektur - Grundrisse	X	X
	- Architektur - außer Grundrisse (vollständig)		X
	- TGA - Grundrisse		x
	- TGA - außer Grundrisse (vollständig)		X
2.7.5	Schnittstellen der Baumaßnahme insbes. bei Sanierungsmaßnahmen	X	X
2.7.6	Notwendige Interimsmaßnahmen	X	X
2.8.0	Erläuterungsbericht über das Bauwerk und die technische Ausrüstung		

ANHANG A: AUSFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN ZUR VERFAHRENSORDNUNG ZUR INVESTITIONSFINANZIERUNG

		Papier	Digital
2.8.1	kurze Baubeschreibung (Erfassung der für die Planung erforderlichen Daten und Informationen zu Standort, Grundstück, Erschließung, Ver- und Entsorgung sowie Gebäudetechnik)	X	X
2.9.0	Kostenermittlung (nach DIN 276)		
2.9.1	Kostenschätzung auf Grundlage der Vorplanung nach DIN 276 aufgegliedert bis mindestens zur zweiten Stelle	X	X
2.9.2	nachvollziehbare Herleitung, für Bestandsprojekte ggf. gewerkeweise Herleitung: - bauteilweise Ermittlung - separate Ausweisung der KG 470/600 (Nutzungsspezifisches Gerät / Ausstattung) unter Berücksichtigung evtl. Übernahmen aus dem Bestand (ggf. prozentual)	X	X
2.9.3	Getrennte Aufstellung der förderfähigen und nicht förderfähigen Leistungen einschließlich einer nachvollziehbaren Ermittlung der Anteile	X	X
2.9.4	Risikoanalyse einschließlich Bewertung der Auswirkungen auf Kosten und Termine sowie die geplanten Steuerungsmaßnahmen	X	X
2.9.5	Angaben zum Kostencontrolling	X	x
2.9.6	Rahmenterminplan	X	X
2.9.7	zeitlich gegliederter Finanzierungsplan (Bedarf je Jahr gegliedert in förderfähige und nicht-förderfähige Kostenanteile)	X	X
2.10.0	Berechnung des Rauminhalts und der Flächen (nach DIN 277)		
2.10.1	Ermittlung der Nutzfläche (NUF), Brutto-Grundfläche (BGF) und Bruttorauminhalt (BRI), Soll-Ist-Vergleich	X	x

AUFNAHME VON OBJEKTEN IN DEN FINANZIERUNGSPLAN (VERFAHRENSSTUFE 3)

- Siehe II. 5 der Verfahrensordnung

		Papier	Digital
3.0.1	Anschreiben	x	x
3.0.2	Antragsformular mit Angabe - der Gesamtkosten sowie der Gesamtkosten ohne KG 600 - des Betrags, der aus den Fonds (differenziert nach Gemeinschaftsfonds und Investitionsfonds) zur Verfügung gestellt werden soll	x	x
3.1.0	Abschrift der Niederschriften der einschlägigen Sitzungen der Selbstverwaltungsorgane / Projektstand		
3.1.1	Kurzer Abriss zum Projektverlauf	X	x
3.1.2	Gesellschafterversammlung der BG Klinik, kann ggf. nachgereicht werden.	X	X
3.1.3	Sachverständigenstelle / Vorstand der DGUV	X	X
3.1.4	Übersicht Projektorganisation inkl. Übersicht der beauftragten Architekten und Ingenieure	X	X
3.1.5	Vergabekonzept	X	X
3.2.0	Bedarfsnachweis mit Raumprogramm		
3.2.1	vollständige fortgeschriebene Ableitung aus der Einzelzielplanung: Bedarfsplanung s. GS Pkt. 1.	X	X
3.2.2	Betriebsorganisationskonzept vor, während und nach der Maßnahme inkl. Wegepläne für Patienten, Personal und Material während aller Phasen	X	X
3.2.3	Raum- und Funktionsprogramm inkl. Darstellung der Flächen des Bestandes und der geplanten Maßnahme (s. GS Pkt. 1.3.)	X	X
3.3.0	Wirtschaftlichkeitsnachweis		
3.3.1	angemessener Wirtschaftlichkeitsnachweis entsprechend Inhalt der Maßnahme inkl. Erläuterung der Annahmen	X	X
3.4.0	Finanzierungs- und Liquiditätsnachweis		
3.4.1	Finanzstatus	X	X
3.4.2	Strukturstatus	x	x
3.5.0	Genehmigungen		
3.5.1	Relevante Informationen zum Stand der Genehmigungsverfahren, z.B. Abstimmungen zur Stadtplanung, Arbeitssicherheit, Brandschutz, Hygiene, Denkmalschutz, ggf. Bau-Vorbescheid	x	x
3.6.0	Baugutachtliche Stellungnahme		
3.6.1	Beantwortung der offenen Punkte aus den Testaten zu den Anträgen der vorangegangenen Verfahrensstufen sofern relevant	x	x
3.7.0	Pläne		
3.7.1	Übersichtsplan (Stadtplan / topografische Karte) mit Markierung des Grundstücks	X	X
3.7.2	Gesamtplan des Klinikareals im Maßstab 1:500 mit Angaben über die Grundstücksgröße	X	X
3.7.3	Fotos des Baugrundstücks und seiner Umgebung	X	X
3.7.4	Entwurfsplanung im Maßstab 1:100 für Hochbau, Freianlagen und die technischen Anlagen	X	X
	- Architektur - Grundrisse	X	X
	- Architektur - außer Grundrisse (vollständig)		X
	- TGA - Grundrisse		X
	- TGA - außer Grundrisse (vollständig)		X
3.7.5	Schnittstellen der Baumaßnahme insbes. bei Sanierungsmaßnahmen	X	X
3.7.6	Notwendige Interimsmaßnahmen	X	X
3.8.0	Erläuterungsbericht über das Bauwerk und die technische Ausrüstung		
3.8.1	in Anlehnung an das Muster 7 der RBBau - umfassende Objektbeschreibung, die eine Beurteilung der Konzeption im Allgemeinen und bzgl. der Wirtschaftlichkeit erlaubt	x	x

		Papier	Digital
	- Beschreibung der techn. Ausrüstung in Bezug auf Größe, Ausbaustand und Funktion unter Einbeziehung der Ergebnisse der Kostenberechnung zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der gewählten Lösung		
3.9.0	Kostenermittlung (nach DIN 276)		
3.9.1	Kostenberechnung auf Grundlage der Entwurfsplanung nach DIN 276 gegliedert bis zur dritten Stelle	X	X
3.9.2	nachvollziehbare Herleitung, für Bestandsprojekte ggf. gewerkeweise Herleitung: - bauteilweise Ermittlung - separate Ausweisung der KG 470/600 (Nutzungsspezifisches Gerät / Ausstattung) unter Berücksichtigung evtl. Übernahmen aus dem Bestand	X	X
3.9.3	Getrennte Aufstellung der förderfähigen und nicht förderfähigen Leistungen einschließlich einer nachvollziehbaren Ermittlung der Anteile	X	X
3.9.4	Risikoanalyse einschließlich Bewertung der Auswirkungen auf Kosten und Termine sowie die geplanten Steuerungsmaßnahmen	X	X
3.9.5	Angaben zum Kostencontrolling	X	X
3.9.6	Rahmenterminplan	X	X
3.9.7	Zeitlich gegliederter Finanzierungsplan (Bedarf je Jahr gegliedert in förderfähige und nicht-förderfähige Kostenanteile)	X	X
3.10.0	Berechnung des Rauminhalts und der Flächen (nach DIN 277)		
3.10.1	Ermittlung der Brutto-Grundfläche (BGF), Netto-Raumfläche (NRF), Konstruktions-Grundfläche (KGF), Nutzungsfläche (NUF), Technische Funktionsfläche (TF), Verkehrsfläche (VF), Brutto-Rauminhalt (BRI).	x	x

ZUTEILUNG VON MITTELN AUS DEM GEMEINSCHAFTSFONDS (VERFAHRENSSTUFE 4)

- Siehe II. § 6 Verfahrensordnung

		Papier	Digital
4.0.1	Anschreiben	x	x
4.0.2	Antragsformular mit Angabe - der Gesamtkosten sowie der Gesamtkosten ohne KG 600 - des Betrags, der aus den Fonds (differenziert nach Gemeinschaftsfonds und Investitionsfonds) zur Verfügung gestellt werden soll	x	x
4.1.0	Abschrift der Niederschriften der einschlägigen Sitzungen der Selbstverwaltungsorgane / Projektstand		
4.1.1	Kurzer Abriss zum Projektverlauf (Stand Planungen, Genehmigungen, Ausschreibungen)	X	x
4.1.2	Gesellschafterversammlung der BG Klinik, kann ggf. nachgereicht werden.	X	X
4.1.3	Sachverständigenstelle / Vorstand / MV der DGUV	X	X
4.1.4	(Fortschreibung) Übersicht Projektorganisation inkl. Übersicht der beauftragten Architekten und Ingenieure	X	X
4.1.5	(Fortschreibung) Vergabekonzept	X	X
4.2.0	Bedarfsnachweis mit Raumprogramm		
4.2.1	Fortschreibung der Ableitung aus der Einzelzielplanung: Bedarfsplanung s. GS Pkt. 1 (wenn keine Änderungen entstanden sind, Zusammenfassung Bedarfsplanung auf 1 DIN A4-Seite und Erklärung, dass die Bedarfsplanung aus dem Grundsatzgespräch weiter aktuell ist.)	X	X
4.2.2	(Fortschreibung) Betriebsorganisationskonzept vor, während und nach der Maßnahme inkl. Wegepläne für Patienten, Personal und Material während aller Phasen. Wenn keine Änderungen entstanden sind, Erklärung, dass die Unterlagen aus Verfahrensstufe 3 weiter Bestand haben.	X	X
4.2.3	(Fortschreibung) Raum- und Funktionsprogramm inkl. Darstellung der Flächen des Bestandes und der geplanten Maßnahme (s. GS Pkt. 1.3.) Wenn keine Änderungen entstanden sind, Erklärung, dass die Unterlagen aus Verfahrensstufe 3 weiter Bestand haben.	X	X
4.3.0	Wirtschaftlichkeitsnachweis		
4.3.1	angemessener Wirtschaftlichkeitsnachweis entsprechend Inhalt der Maßnahme inkl. Erläuterung der Annahmen; Wenn keine Änderungen entstanden sind, Erklärung, dass die Unterlagen aus Verfahrensstufe 3 weiter Bestand haben.	X	X
4.4.0	Finanzierungs- und Liquiditätsnachweis		
4.4.1	Finanzstatus	X	X
4.4.2	Strukturstatus	X	X
4.5.0	Genehmigungen		
4.5.1	Bauantrag, ggf. Baugenehmigung sofern diese bereits vorliegt, soweit relevant: Genehmigung Bundesversicherungsamt	X	X
4.6.0	Baugutachtliche Stellungnahme		
4.6.1	Beantwortung der offenen Punkte aus den Testaten zu den Anträgen der vorangegangenen Verfahrensstufen sofern relevant	X	x
4.7.0	Pläne		
4.7.1	Genehmigungsplanung Maßstab 1:100 für Maßnahmen mit Genehmigungsplanung, ggf. Fortschreibung der Entwurfsplanung	X	X
	- Architektur - Grundrisse	X	x
	- Architektur - außer Grundrisse (vollständig)		X
	- TGA - Grundrisse		x
	- TGA - außer Grundrisse (vollständig)		x
4.7.2	Wenn die Baugenehmigungen im Nachgang des Antrags kostenerhöhende Auflagen enthalten, so sind diese mit einer Stellungnahme kurzfristig nachzureichen.	X	X

		Papier	Digital
4.7.3	Fortschreibung Schnittstellen der Baumaßnahme insbes. bei Sanierungsmaßnahmen	X	X
4.7.4	Fortschreibung notwendiger Interimsmaßnahmen	X	X
4.8.0	Erläuterungsbericht über das Bauwerk und die technische Ausrüstung		
4.8.1	sofern sich Änderungen ergeben haben: in Anlehnung an das Muster 7 der RBBau Fortschreibung - umfassende Objektbeschreibung, die eine Beurteilung der Konzeption im Allgemeinen und bzgl. der Wirtschaftlichkeit erlaubt - Beschreibung der techn. Ausrüstung in Bezug auf Größe, Ausbaustand und Funktion unter Einbeziehung der Ergebnisse der Kostenberechnung zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der gewählten Lösung	X	X
4.9.0	Kostenermittlung (nach DIN 276)		
4.9.1	Fortschreibung Kostenberechnung auf Grundlage der fortgeschriebenen Entwurfsplanung nach DIN 276 aufgegliedert bis zur dritten Stelle, sofern Änderungen zu den vorangegangenen Antragsstufen erfolgt sind. Sonst Erklärung, dass dies nicht der Fall ist.	X	X
4.9.2	Kostenverfolgung auf Grundlage eines Vergleichs mit der genehmigten Kostenberechnung anhand einer Kostenliste nach Vergabeeinheiten mit Darstellung der jeweiligen Budgets, Auftragssummen, Nachtragsforderungen, Abrechnungsstände, Gesamtkostenprognose sowie Abweichungen vom Budget	X	X
4.9.3	hinreichende Begründung zu etwaigen Kostenveränderungen	X	X
4.9.4	Fortschreibung getrennter Aufstellung der förderfähigen und nicht-förderfähigen Leistungen einschließlich einer nachvollziehbaren Ermittlung der Anteile	X	X
4.9.5	Fortschreibung Risikoanalyse einschließlich Bewertung der Auswirkungen auf Kosten und Termine sowie die geplanten Steuerungsmaßnahmen	X	X
4.9.6	Fortschreibung Rahmenterminplan	X	X
4.9.7	Fortschreibung zeitlich gegliederter Finanzierungsplan (Bedarf je Jahr gegliedert in förderfähige und nicht-förderfähige Kostenanteile)	X	X
4.10.0	Berechnung des Rauminhalts und der Flächen (nach DIN 277)		
4.10.1	Ermittlung der Brutto-Grundfläche (BGF), Netto-Raumfläche (NRF), Konstruktions-Grundfläche (KGF), Nutzungsfläche (NUF), Technische Funktionsfläche (TF), Verkehrsfläche (VF), Brutto-Rauminhalt (BRI).	X	X

LAUFENDE BERICHTERSTATTUNG (VERFAHRENSSTUFE 5)

- Siehe II. § 7 Verfahrensordnung

		Papier	Digital
5.0.1	Anschreiben	x	x
5.0.2	Antragsformular mit Angabe - der Gesamtkosten sowie der Gesamtkosten ohne KG 600 - des Betrags, der aus den Fonds (differenziert nach Gemeinschaftsfonds und Investitionsfonds) zur Verfügung gestellt werden soll	x	x
5.1.0	Abschrift der Niederschriften der einschlägigen Sitzungen der Selbstverwaltungsorgane / Projektstand		
5.1.1	Kurzer Abriss zum Projektverlauf (Stand Planungen, Genehmigungen, Ausschreibungen). Gesondert auszuweisen sind die Termine für Baubeginn, Rohbauabnahme, Gebrauchsabnahme oder Inbetriebnahme.	X	x
5.1.2	Gesellschafterversammlung der BG Klinik, kann ggf. nachgereicht werden.	X	X
5.1.3	Sachverständigenstelle / Vorstand / MV der DGUV	X	X
5.1.4	(Fortschreibung) Übersicht Projektorganisation inkl. Übersicht der beauftragten Architekten und Ingenieure	X	X
5.1.5	(Fortschreibung) Vergabekonzept	X	X
5.2.0	Bedarfsnachweis mit Raumprogramm		
5.2.1	Fortschreibung der Ableitung aus der Einzelzielplanung: Bedarfsplanung s. GS Pkt. 1 (wenn keine Änderungen entstanden sind, Zusammenfassung Bedarfsplanung auf 1 DIN A4-Seite und Erklärung, dass die Bedarfsplanung aus dem Grundsatzgespräch weiter aktuell ist.)	X	X
5.2.2	(Fortschreibung) Betriebsorganisationskonzept vor, während und nach der Maßnahme inkl. Wegepläne für Patienten, Personal und Material während aller Phasen. Wenn keine Änderungen entstanden sind, Erklärung, dass die Unterlagen aus dem relevanten Antrag weiter Bestand haben.	X	X
5.2.3	(Fortschreibung) Raum- und Funktionsprogramm inkl. Darstellung der Flächen des Bestandes und der geplanten Maßnahme (s. GS Pkt. 1.3.) Wenn keine Änderungen entstanden sind, Erklärung, dass die Unterlagen aus dem relevanten Antrag weiter Bestand haben.	X	X
5.3.0	Wirtschaftlichkeitsnachweis		
5.3.1	Rechenschema Wirtschaftlichkeitsnachweis gem. Anlage G5 der Grundsätze 85 bzw. angemessener Wirtschaftlichkeitsnachweis entsprechend Inhalt der Maßnahme inkl. Erläuterung der Annahmen. Wenn keine Änderungen (Inhalt, Zeit, Kosten) entstanden sind, Erklärung, dass die Unterlagen aus dem relevanten Antrag weiter Bestand haben.	X	X
5.4.0	Finanzierungs- und Liquiditätsnachweis		
5.4.1	Finanzstatus	X	X
5.4.2	Strukturstatus	X	X
5.5.0	Genehmigungen		
5.5.1	Baugenehmigung sowie ggf. weitere vorliegende Genehmigungen bzw. Verweis auf vorhergehenden Antrag	X	X
5.6.0	Baugutachtliche Stellungnahme		
5.6.1	Beantwortung der offenen Punkte aus den Testaten zu den Anträgen der vorangegangenen Verfahrensstufen sofern relevant	X	X
5.7.0	Pläne		
5.7.1	Ausführungsplanung im Maßstab 1:50	X	X
	- Architektur – Grundrisse Papier: Maßstab 1:100	X	X
	- Architektur - außer Grundrisse (vollständig)		x
	- TGA - Grundrisse		x
	- TGA - außer Grundrisse (vollständig)		x
5.8.0	Erläuterungsbericht über das Bauwerk und die technische Ausrüstung		
5.8.1	Sofern sich Änderungen ergeben haben: in Anlehnung an das Muster 7 der RBBau Fortschreibung	X	X

ANHANG A: AUSFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN ZUR VERFAHRENSORDNUNG ZUR INVESTITIONSFINANZIERUNG

		Papier	Digital
	<ul style="list-style-type: none"> - umfassende Objektbeschreibung, die eine Beurteilung der Konzeption im Allgemeinen und bzgl. der Wirtschaftlichkeit erlaubt - Beschreibung der techn. Ausrüstung in Bezug auf Größe, Ausbaustand und Funktion unter Einbeziehung der Ergebnisse der Kostenberechnung zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der gewählten Lösung 		
5.9.0	Kostenermittlung (nach DIN 276)		
5.9.1	Kostenverfolgung auf der Grundlage eines Vergleichs mit der genehmigten Kostenberechnung anhand einer Kostenliste nach Vergabeeinheiten mit Darstellung der jeweiligen Budgets, Auftragssummen, Nachtragsforderungen, Abrechnungsstände, Gesamtkostenprognose sowie Abweichungen vom Budget.	X	X
5.9.2	Hinreichende Begründungen zu etwaigen Kostenveränderungen	X	X
5.9.3	Fortschreibung getrennter Aufstellung der förderfähigen und nicht-förderfähigen Leistungen einschließlich einer nachvollziehbaren Ermittlung der Anteile	X	X
5.9.4	Fortschreibung Risikoanalyse einschließlich Bewertung der Auswirkungen auf Kosten und Termine sowie die geplanten Steuerungsmaßnahmen	X	X
5.9.5	Fortschreibung Rahmenterminplan	X	X
5.9.6	Fortschreibung zeitlich gegliederter Finanzierungsplan (Bedarf je Jahr gegliedert in förderfähige und nicht-förderfähige Kostenanteile)	X	X
5.10.0	Berechnung des Rauminhalts und der Flächen (nach DIN 277)		
5.10.1	Ermittlung der Brutto-Grundfläche (BGF), Netto-Raumfläche (NRF), Konstruktions-Grundfläche (KGF), Nutzungsfläche (NUF), Technische Funktionsfläche (TF), Verkehrsfläche (VF), Brutto-Rauminhalt (BRI).	X	X

MITTELVERWENDUNGSNACHWEIS (VERFAHRENSSTUFE 6)

- siehe II. § 8 Verfahrensordnung

		Papier	Digital
6.0.1	Anschreiben	x	x
6.0.2	Antragsformular mit Angabe - der Gesamtkosten sowie der Gesamtkosten ohne KG 600 - des Betrags, der aus den Fonds (differenziert nach Gemeinschaftsfonds und Investitionsfonds) zur Verfügung gestellt werden soll	x	x
6.1.0	Abschrift der Niederschriften der einschlägigen Sitzungen der Selbstverwaltungsorgane / Projektstand		
6.1.1	Kurzer Abriss zum Projektverlauf	X	x
6.1.2	Gesellschafterversammlung der BG Klinik, kann ggf. nachgereicht werden.	X	X
6.1.3	Sachverständigenstelle / Vorstand / MV der DGUV	X	X
6.2.0	Bedarfsnachweis mit Raumprogramm		
6.2.1	(Fortschreibung) Raum- und Funktionsprogramm inkl. Darstellung der Flächen des Bestandes und der durchgeführten Maßnahme (s. GS Pkt. 1.3.) sofern sich Änderungen ergeben haben.	X	X
6.3.0	Wirtschaftlichkeitsnachweis		
6.3.1	Finaler Wirtschaftlichkeitsnachweis: entsprechend Inhalt der Maßnahme inkl. Erläuterung der Annahmen	X	X
6.4.0	Finanzierungs- und Liquiditätsnachweis		
	entfällt		
6.5.0	Genehmigungen		
6.5.1	Genehmigungen / Protokolle zu behördlichen Abnahmen	X	X
6.6.0	Baugutachtliche Stellungnahme		
6.6.1	Beantwortung der offenen Punkte aus den Testaten zu den Anträgen der vorangegangenen Verfahrensstufen sofern relevant	X	X
6.7.0	Pläne		
6.7.1	Bestandsplanung im Maßstab 1:100	x	x
	- Architektur - Grundrisse	X	x
	- Architektur - außer Grundrisse (vollständig)		x
	- TGA - Grundrisse		x
	- TGA - außer Grundrisse (vollständig)		x
6.7.2	Darstellung zur Abgrenzung / Schnittstellen der Maßnahme	x	X
6.7.3	Lichtbilder von dem Bauwerk (Fassaden-Ansicht, Eingangsbereich, Standard-Räume)	x	x
6.8.0	Erläuterungsbericht über das Bauwerk und die technische Ausrüstung		
6.8.1	Kurzbeschreibung der Baumaßnahme	x	x
6.9.0	Baukostenabrechnung		
6.9.1	Kostenfeststellung (nach DIN 276) auf der Grundlage eines Vergleichs mit der genehmigten Kostenberechnung sowie anhand einer gewerkeweisen aufgestellten Kostenliste mit Darstellung der jeweiligen Budgets, Auftragssummen, Nachtragsforderungen Abrechnungssummen sowie Abweichungen vom Budget	x	x
6.9.2	Begründungen der Mehr- und Minderkosten ab 10% je Kostengruppe (bis zur zweiten Stelle), insbesondere Kostenabweichung aus Planungsänderung, Auflagen der Bauaufsichtsbehörden oder anderer Behörden	x	x
6.9.3	Fortschreibung der getrennten Aufstellung der förder- und nicht-förderfähigen Leistungen einschl. einer nachvollziehbaren Ermittlung der entsprechenden Anteile	X	X
6.9.4	Ausgaben für nicht in der Kostenberechnung bzw. der genehmigten Fortschreibung der Kostenberechnung vorgesehenen Maßnahmen sind gesondert aufzuführen	X	X
6.10.0	Berechnung des Rauminhalts und der Flächen (nach DIN 277)		

ANHANG A: AUSFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN ZUR VERFAHRENSORDNUNG ZUR INVESTITIONSFINANZIERUNG

		Papier	Digital
6.10.1	Ermittlung der Brutto-Grundfläche (BGF), Netto-Raumfläche (NRF), Konstruktions-Grundfläche (KGF), Nutzungsfläche (NUF), Technische Funktionsfläche (TF), Verkehrsfläche (VF), Brutto-Rauminhalt (BRI).	X	X

II. VERKÜRZTES ANTRAGSVERFAHREN ZUM INVESTITIONSFONDS

ALLGEMEINES

Die folgenden Regelungen gelten für Maßnahmen, für die gemäß III § 2 Abs. 1b der Verfahrensordnung zur Investitionsfinanzierung ein "verkürztes Verfahren" relevant ist.

Die Bestimmungen werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst. Die Verabschiedung erfolgt durch die zuständigen Gremien der DGUV e.V.

Form und Anzahl der Unterlagen

Alle Unterlagen sind dreifach in Papierform bzw. in einfacher Form digital i.d.R. auf einem Datenträger der BGKUV (BG Kliniken - Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH) zuzuleiten. Diese ist verantwortlich für die Weiterleitung der geprüften Unterlagen an die DGUV e.V.

Anschreiben der Unterlagen

Adressat:

Adressat der Unterlagen ist die Geschäftsführung der DGUV e.V. Die Unterlagen werden ihr über die BGKUV Geschäftsstelle der BG Kliniken zugeleitet.

Inhalte:

- Name der Maßnahme
- DGUV-Nummer
- Verfahrensstufe
- Prognostizierte Gesamtkosten, prognostizierte Gesamtkosten der letzten Antragsstufe sowie kurze Erläuterung bei einer möglichen Differenz (es kann auf eine Anlage verwiesen werden).
- Kurzbeschreibung der Maßnahme inkl. der wesentlichen Veränderungen (inhaltlicher und zeitlicher Art) gegenüber der letzten Verfahrensstufe.
- Erläuterung, welche Entscheidungen auf Basis der Empfehlung / Festlegungen des letzten Testats getroffen wurden (es kann auf Anlagen verwiesen werden).
- Ab den Anträgen nach Verfahrensstufe 4: Höhe der beantragten Mittelzuteilung

ANMELDUNG ZUM INVESTITIONSFONDS

- siehe III § 3 Abs. 1 Verfahrensordnung

		Papier	Digital
1.0	Anschreiben	x	x
2.0	Beschreibung der Maßnahme		
2.1	Beschreibung der Maßnahme mit deren Schnittstellen	X	x
2.2	Begründung der Notwendigkeit der Maßnahme bei medizintechnischen Geräten inkl. Darstellung der Entwicklung der Leistungszahlen (mind. drei Jahre in die Vergangenheit und drei Jahre in die Zukunft)	X	x
2.3	ggf. Erläuterung neuer / wesentlich erweiterter Funktionen, die mit der Ersatz-Anlage verbunden sind	X	X
2.4	bei technischen Anlagen: ggf. Erläuterung der Leistungssteigerung, die mit der Ersatz-Anlage verbunden sind.	X	X
3.0	Rahmenbedingungen		
3.1	Einpassung der Maßnahme in die Einzelzielplanung	X	X
4.0	Planungsunterlagen		
4.1	Übersichtsdarstellung des Ortes der Maßnahme	X	X
5.0	Wirtschaftlichkeitsnachweis		
5.1	entfällt in dieser Verfahrensstufe		
6.0	Kosten		
6.1	Kostenrahmen inkl. Herleitung	X	X
6.2	Höhe der beantragten Förderung	X	X
7.0	Planungs- und Ausführungszeitraum		
7.1	Rahmenterminplan	X	X
8.0	Aktivierungsfähigkeit		
8.1	Verweis auf ein Gespräch mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Nachweis der Aktivierungsfähigkeit		

Im Finanzierungsgespräch werden ggf. weitere Arbeitsschritte und der Umfang der im verkürzten Verfahren vorzulegenden Antragsunterlagen präzisiert.

VERFAHRENSSTUFE 2 BIS 4

- siehe III § 4 Verfahrensordnung

		Papier	Digital
1.0	Anschreiben	x	x
2.0	Beschreibung der Maßnahme		
2.1	Beschreibung der Maßnahme mit deren Schnittstellen	X	x
2.2	Begründung der Notwendigkeit der Maßnahme ggf. inkl. Darstellung der Entwicklung der Leistungszahlen (mind. drei Jahre in die Vergangenheit und drei Jahre in die Zukunft)	X	x
2.3	ggf. Erläuterung neuer / wesentlich erweiterter Funktionen, die mit der Ersatz-Anlage verbunden sind	X	X
2.4	bei technischen Anlagen: ggf. Erläuterung der Leistungssteigerung, die mit der Ersatz-Anlage verbunden sind.	X	X
3.0	Rahmenbedingungen		
3.1	Einpassung der Maßnahme in die Einzelzielplanung	X	X
4.0	Planungsunterlagen		
4.1	Übersichtsdarstellung des Ortes der Maßnahme	X	X
4.2	Konzept / Vor- / Entwurfsplanung. Die genaue Tiefe der Unterlagen wird i.d.R. im Finanzierungsgespräch festgelegt.	X	X
5.0	Wirtschaftlichkeitsnachweis		
5.1	Angemessener Wirtschaftlichkeitsnachweis entsprechend Inhalt der Maßnahme inkl. Erläuterung der Annahmen	X	x
6.0	Kosten		
6.1	Kostenschätzung inkl. Herleitung (nach DIN 276) bis mind. zur zweiten Stelle	X	X
6.2	Getrennte Aufstellung der förderfähigen und nicht-förderfähigen Leistungen einschließlich einer nachvollziehbaren Ermittlung der Anteile	X	X
6.3	Angabe der Finanzierungsmittel nach Finanzierungsjahren	X	x
6.4	Vergabekonzept	X	x
7.0	Planungs- und Ausführungszeitraum		
7.1	Rahmenterminplan	X	X
8.0	Aktivierungsfähigkeit		
8.1	Verweis auf ein Gespräch mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Nachweis der Aktivierungsfähigkeit		

VERFAHRENSSTUFE 5

- siehe III § 5 Verfahrensordnung

		Papier	Digital
1.0	Anschreiben	x	x
2.0	Beschreibung der Maßnahme		
2.1	Stand der Maßnahme auf Basis der Beschreibung aus Stufe 2-4. Darstellung etwaiger Änderungen. Im Fall von wesentlichen Änderungen in Bezug auf Inhalt oder Termine gegenüber dem testierten Antrag sind diese darzulegen und zu begründen.	X	x
2.2	Beantwortung der offenen Punkte aus den Testaten zu den Anträgen der vorangegangenen Verfahrensstufen sofern relevant	x	x
3.0	Rahmenbedingungen		
3.1	Fortschreibung Einpassung der Maßnahme in die Einzelzielplanung sofern sich Änderungen ergeben haben. Sonst Erklärung, dass sich keine Änderungen ergeben haben.	X	X
4.0	Planungsunterlagen		
4.1	Fortschreibung Übersichtsdarstellung des Ortes der Maßnahme.	X	X
4.2	ggf. Ausführungsplanung. Im Übrigen Fortschreibung der im Antrag nach Verfahrensstufe 2-4 vorgelegten Planung bzw. Erklärung, dass sich keine Änderungen ergeben haben.	X	X
5.0	Wirtschaftlichkeitsnachweis		
5.1	Fortschreibung angemessener Wirtschaftlichkeitsnachweis entsprechend Inhalt der Maßnahme inkl. Erläuterung der Annahmen	X	x
6.0	Kosten		
6.1	Kostenverfolgung auf der Grundlage eines Vergleichs mit der genehmigten Kostenberechnung anhand einer Kostenliste nach Vergabeeinheiten mit Darstellung der jeweiligen Budgets, Auftragssummen, Nachtragsforderungen, Abrechnungsstände, Abrechnungsprognosen, Gesamtkostenprognose sowie Abweichungen vom Budget.	X	X
6.2	Begründung der Mehr- und Minderkosten	X	X
6.3	Getrennte Aufstellung der förderfähigen und nicht förderfähigen Leistungen einschließlich einer nachvollziehbaren Ermittlung der Anteile	X	x
6.4	Fortschreibung Angabe der Finanzierungsmittel nach Finanzierungsjahren	X	x
7.0	Planungs- und Ausführungszeitraum		
7.1	Rahmenterminplan	X	X
8.0	Aktivierungsfähigkeit		
8.1	Verweis auf ein Gespräch mit dem Wirtschaftsprüfer zum Nachweis der Aktivierungsfähigkeit		

VERFAHRENSSTUFE 6

- siehe III. § 6 Verfahrensordnung

		Papier	Digital
1.0	Anschreiben	x	x
2.0	Beschreibung der Maßnahme		
2.1	Kurzbeschreibung der realisierten Maßnahme mit deren Schnittstellen. Im Fall von wesentlichen Änderungen in Bezug auf Inhalt oder Termine gegenüber dem testierten Antrag sind diese darzulegen und zu begründen.	X	x
2.2	Beantwortung der offenen Punkte aus den Testaten zu den Anträgen der vorangegangenen Verfahrensstufen sofern relevant	x	x
3.0	Rahmenbedingungen		
3.1	Fortschreibung Einpassung der Maßnahme in die Einzelzielplanung sofern sich Änderungen ergeben haben. Sonst Erklärung, dass sich keine Änderungen ergeben haben.	X	X
4.0	Planungsunterlagen		
4.1	Übersichtsdarstellung des Ortes der Maßnahme	X	X
4.2	Bestandsplanung	X	X
5.0	Wirtschaftlichkeitsnachweis		
5.1	Fortschreibung angemessener Wirtschaftlichkeitsnachweis entsprechend Inhalt der Maßnahme inkl. Erläuterung der Annahmen	X	x
6.0	Kosten		
6.1	Kostenfeststellung	X	X
6.2	Begründung der Mehr- und Minderkosten	X	X
6.3	Getrennte Aufstellung der förderfähigen und nicht-förderfähigen Leistungen einschließlich einer nachvollziehbaren Ermittlung der Anteile	X	x
7.0	Planungs- und Ausführungszeitraum		
7.1	Entfällt		
8.0	Aktivierungsfähigkeit		
8.1	Nachweis der Aktivierung der Maßnahme (Auszug aus dem Anlagenbuch)	x	x

III. GRUNDSTÜCKSERWERBE

ALLGEMEINES

Die folgenden Regelungen gelten für den Erwerb von Grundstücken, der gemäß II § 1 Abs. 1. 1 der Verfahrensordnung zur Investitionsfinanzierung aus dem Gemeinschaftsfonds gefördert wird.

Die Bestimmungen werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst. Die Verabschiedung erfolgt durch die zuständigen Gremien der DGUV e.V.

Form und Anzahl der Unterlagen

Alle Unterlagen sind vierfach in Papierform bzw. in einfacher Form digital in der Regel auf einem Datenträger der BGKUV (BG Kliniken - Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH) zuzuleiten. Diese ist verantwortlich für die Weiterleitung der geprüften Unterlagen an die DGUV e.V.

Anschreiben der Unterlagen

Adressat:

Adressat der Unterlagen ist die Geschäftsführung der DGUV e.V. Die Unterlagen werden ihr über die BGKUV zugeleitet.

Inhalte:

- Name der Maßnahme
- Verfahrensstufe
- Prognostizierte Gesamtkosten,
- Kurzbeschreibung der Maßnahme
- Höhe der beantragten Mittelzuteilung.

VERFAHRENSSTUFE 1 BIS 4

		Papier	Digital
1.0	Anschreiben	x	x
1.1	Antragsformular mit Angabe - der Gesamtkosten - des Betrags, der aus dem Gemeinschaftsfonds zur Verfügung gestellt werden soll	X	X
1.2	Abschrift der Niederschriften der einschlägigen Sitzungen der Selbstverwaltungsorgane	X	x
1.3.	Kurzer Abriss zum Projektverlauf	X	x
1.4.	Gesellschafterversammlung der BG Klinik, kann ggf. nachgereicht werden	X	X
1.5.	Beschluss des Vorstands / der Mitgliederversammlung der DGUV (erfolgt direkt durch DGUV)		
1.6.	Verteilungsplan (erfolgt direkt durch die DGUV)		
2.0.	Bedarfsnachweis		
2.1.	Ableitung aus der Einzelzielplanung: Bedarfsplanung inkl. einer maßnahmenspezifischen Präzisierung des medizinischen Leistungsportfolios. Berücksichtigt werden sollen die regionalen Gegebenheiten sowie die Zielsetzungen der gesetzlichen Unfallversicherung. Es ist darzustellen, in welchem Bereich durch die geplante Maßnahme eine bessere und schnellere Rehabilitation von Versicherten der Unfallversicherung erreicht werden kann. Ein Vorratskauf ist nicht gestattet. Ggf. ist die geplante Zwischennutzung zu erläutern.	x	x
2.2.	Bei unbebauten Grundstücken: Fachgutachterliche Äußerung über die technische und rechtliche Bebaubarkeit des Grundstücks im Hinblick auf die geplante Baumaßnahme	x	x
2.3.	ggf. Machbarkeitsstudie für die geplante Baumaßnahme	x	x
2.4.	Bei bebauten Grundstücken: Vorlage des Raumprogramms sowie Belegungsplanung in den Grundrissen der aufstehenden Gebäude.	x	x
2.5.	Bei bebauten Grundstücken: Darstellung der Eignung des Grundstücks inkl. seiner Bebauung sowie Darlegung, in welcher Höhe noch Mittel für die Durchführung notwendiger Baumaßnahmen aufgewendet werden müssen.	x	x
3.0.	Weg der Entscheidungsfindung und Eignung des Grundstücks		
3.1.	Darlegung, welche Überlegungen für das gewählte Grundstück bzw. Objekt maßgebend waren, welche alternativen Standorte geprüft wurden und warum diese verworfen wurden	x	X
3.2.	Baugrundverhältnisse: Beschaffenheit und Tragfähigkeit des Baugrunds, Grundwasserstand, Angabe über schutzbedürftige Gebiete (Trinkwassergewinnung oder Heilquellen).	X	x
3.3.	Bei bebauten Grundstücken: Beurteilung von vorhanden Gebäuden und Anlagen sowie deren spätere Verwendung (ggf. Abriss / Erweiterungsmöglichkeiten) durch Sachverständige	x	X
3.4.	Grundbuch-, Planungs- oder Bauaufsichtsfeststellungen: Beschränkungen oder Festlegungen insbesondere über Art und Umfang der Bebauung	X	x
3.5.	Erschließung: Grad der vorhandenen Erschließung (öffentliche Straßen, Strom, Gas, Fernwärme, Telefon, Informations- und Kommunikationsnetze, Wasser, Abwasser) und geschätzte Aufwendungen weiterer erforderlicher Erschließung	X	X
3.6.	Lage: Landschaftscharakter, Beziehung zu Nachbargebäuden oder Orten und öffentlichen Verkehrseinrichtungen (Straßen, öffentliche Verkehrsmittel, Höhenlagen usw.)	X	X
3.7.	Emissionsbelastungen: Sollten sich Hinweise für eine Kontamination ergeben, ist ein Bodengutachten anzufertigen und einzureichen (Chemiebetrieb, Autowerkstatt o.ä. als Vornutzer)	X	X

ANHANG A: AUSFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN ZUR VERFAHRENSORDNUNG ZUR INVESTITIONSFINANZIERUNG

		Papier	Digital
3.8.	Immissionsbelastungen: Sollten sich Hinweise auf besondere Immissionsbelastungen ergeben, ist ein entsprechendes Gutachten anzufertigen und einzureichen.	X	X
4.0.	Wertermittlung mit Zeichnungen		
4.1	Die Angemessenheit des Kaufpreises ist durch Vorlage eines Wertgutachtens der zuständigen Gutachterstelle nach § 192 Baugesetzbuch (BauGB) oder eines vergleichbaren Gutachtens einer/-s unabhängigen vereidigten Sachverständigen zu belegen (nach der Immobilienwertermittlungsverordnung - ImmoWertV). Beim Kauf unbebauter Grundstücke ist ein Auszug aus der aktuellen Bodenrichtwertkarte oder eine Richtwertauskunft des zuständigen Gutachterausschusses ausreichend. Dem Wertgutachten für bebaute Grundstücke müssen übersichtliche Zeichnungen der Bebauung beiliegen. Überschreitet der vereinbarte Kaufpreis den gutachtlich festgestellten Verkehrswert, sind die Gründe dafür eingehend darzulegen.	x	x
5.0.	ggf. Wirtschaftlichkeitsnachweis		
5.1	Die Wirtschaftlichkeit ist i.d.R. durch den Nachweis des Bedarfs und der Angemessenheit des Kaufpreises gegeben. Bei Erwerb bebauter Grundstücke bzw. bei Erwerb mit Bauverpflichtung ist eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung beizufügen.	x	x
6.0.	Finanzierungs- und Liquiditätsnachweis		
6.1	Es ist darzustellen, mit welchen Mitteln der Grunderwerb finanziert werden soll, und nachzuweisen, dass eine ausreichende Liquidität erhalten bleibt.	x	x
7.0.	kompletter beglaubigter Grundbuchauszug		
7.1	Bestehende Eintragungen in den Abteilungen II und III des Grundbuchs sind in der Regel vor Eigentumsumschreibung löschen zu lassen.	x	x
8.0.	beglaubigte Abschrift der notariellen Erwerbsurkunde (ggf. Entwurf)		
8.1.	Die den Erwerb begründenden Rechtshandlungen sind grundsätzlich vorbehaltlich der Genehmigung des Grunderwerbs durch die zuständigen Institutionen vorzunehmen. Wird vertraglich die Zahlung des Kaufpreises vor der Umschreibung des Eigentums im Grundbuch vorgesehen, ist der Anspruch auf die dingliche Rechtsänderung durch eine Auflassungsvormerkung zu schützen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Eintragung der Vormerkung vor der Kaufpreisentrichtung zu erfolgen hat. Möglich ist auch eine Zahlung auf Notaranderkonto oder die Hinterlegung einer Bürgschaft. Der Kaufpreis darf grundsätzlich nicht vor Genehmigung durch die zuständigen Institutionen gezahlt werden. Weitere Zahlungsvoraussetzungen sind z.B. Teilungsgenehmigung (§ 19 BauGB), Genehmigung nach der Grundstücksverkehrsordnung (neue Länder), Löschungsbewilligung (Abteilung III), Verzicht auf Vorkaufsrecht etc. Der später abzuschließende notarielle Kaufvertrag muss mit dem Vertragsentwurf übereinstimmen, sofern die Genehmigung schon aufgrund des Vertragsentwurfs erteilt worden ist. Der später notariell beurkundete Vertrag ist nachzureichen.	x	x
9.0.	Flurkarte	x	x
10.0.	Übersichtsplan		
10.1	Stadtplan oder topographische Karte mit Kennzeichnung - rot - des Grundstücks	x	x
11.0.	Bescheinigung über Erschließungskostenbeiträge		
11.1	Bescheinigung der zuständigen Baubehörde über die Erschließungskostenbeiträge	x	x
12.0.	Bescheinigung über Baulasten		
12.1	Auszug aus dem Baulastenverzeichnis nach der jeweiligen Landesbauordnung oder eine entsprechende Negativbescheinigung.	x	x
13.0.	Auszug aus dem Liegenschaftsbuch / Kataster	x	x

ANHANG A: AUSFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN ZUR VERFAHRENSORDNUNG ZUR INVESTITIONSFINANZIERUNG

		Papier	Digital
14.0.	ggf. Aufteilungsplan und Teilungserklärung	x	x

VERFAHRENSSTUFE 6

		Papier	Digital
1.0	Anschreiben	x	x
1.1	Antragsformular mit Angabe - der Gesamtkosten - des Betrags, der aus dem Gemeinschaftsfonds zur Verfügung gestellt werden soll - sollten sich Änderungen gegenüber den in Stufe 1-4 gemachten Angaben ergeben haben sind diese im Einzelnen zu erläutern.	X	X
1.2	Abschrift der Niederschriften der einschlägigen Sitzungen der Selbstverwaltungsorgane	X	x
1.3.	Kurzer Abriss zum Projektverlauf	X	x
1.4.	Gesellschafterversammlung der BG Klinik, kann ggf. nachgereicht werden	X	X
1.5.	Beschluss des Vorstands / der Mitgliederversammlung der DGUV (erfolgt direkt durch DGUV)		
1.6	Verteilungsplan (erfolgt direkt durch die DGUV)		
2.0.	Kaufvertrag		
2.1	Vorlage des notariell beurkundeten Kaufvertrags. Dieser muss mit dem Vertragsentwurf übereinstimmen, sofern die Genehmigung schon aufgrund des Vertragsentwurfs erteilt worden ist.	X	X

IV. ABKÜRZUNGEN

BGF	Bruttogrundfläche
BRI	Brutto-Rauminhalt
GMF	Gemeinschaftsfonds
KGF	Konstruktions-Grundfläche
NUF	Nutzungsflächen
NRF	Netto-Raumfläche
TF	Technische Funktionsfläche
VF	Verkehrsflächen